

**Impuls-Vortrag des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler
zum Thema „Die Zukunft von Demokratie und Sozialer
Marktwirtschaft“**

**gehalten am 1. Juni 2010 auf dem interdisziplinären Förder-Kongress
„Deutschland in der Europäischen Union im kommenden Jahrzehnt. –
Kreativität und Innovationskraft: Neue Impulse für Staat, Markt und
Zivilgesellschaft“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und der Robert Bosch
Stiftung vom 31. Mai bis 1. Juni 2010 im Congress Center Dresden**

– es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Schleyer,

liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,

sehr verehrte Gäste,

I. Deutschland am Scheideweg

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung, wenige Monate nach dem Wahl- und Krisenjahr 2009, ist es eine große Herausforderung, im Rahmen Ihrer Tagung über die Zukunft von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft sprechen zu können.

Eine erfolgreiche Wegstrecke und ein Abschnitt der deutschen und der europäischen Geschichte liegen hinter uns. Deutschland steht an einem Scheideweg, der eine Standortbestimmung notwendig macht.

Zunächst: Wie steht es um unsere Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger?

Wenn man sich im Dschungel der Meinungsumfragen jüngsten und jüngeren Datums eine Bresche geschlagen hat, kann man zu dem Ergebnis gelangen, dass die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie in Deutschland im Wahljahr 2009 erkennbar gestiegen war.

Das lässt sich mit Zahlen untersetzen.

Von 53 Prozent, im Herbst 2008, stieg die Zufriedenheit auf 62 Prozent am Jahresende 2009.

Ich will dieses Ergebnis nicht revidieren, aber in seiner Relation zumindest hinterfragen.

2007 erbrachte die gleiche Umfrage das genaue Gegenteil: 52 Prozent waren unzufrieden.

Auch wenn die Menschen in Deutschland die Demokratie trotz ihrer Kritik für die vergleichsweise beste aller Staatsformen halten, drückt sich darin eine Stimmungsschwankung aus, die eine ernsthaftes Warnsignal darstellt und nicht schöngeredet werden kann.

Dabei muss es – wie später zu zeigen sein wird – ganz besonders zu denken geben, dass nach einer Umfrage aus Thüringen über 70 Prozent der Bürger die Demokratie nicht an ihren Grundwerten wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung messen, sondern an der Fähigkeit, soziale Leistungen zu organisieren.

Der Ernst der Lage wird mit Blick auf das seit Jahren schwindende Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung und den sozialen Zusammenhalt deutlich.

Nur noch gut ein Fünftel der Deutschen sieht in einer Stärkung der Marktkräfte ein wünschenswertes Ziel, während der Ruf nach mehr sozialer Absicherung durch den Staat (61 Prozent) unvermindert anhält.

Sieben von zehn Bürgern beklagen, dass es in Deutschland sozial ungerecht zugehe und sechs von zehn, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten Jahren abgenommen habe.

Bei der inzwischen fast legendären Umfrage, ob den Bundesbürgern nun Freiheit oder Gleichheit wichtiger sind, hat die Gleichheit im Osten ohnehin eine klare Mehrheit. Aber die Zahl der „Anhänger“ der Freiheit sinkt auch im Westen. Unwillkürlich denkt man an Richard Schröders Diagnose der „Entbürgerlichung“ in der vormaligen DDR, an die von anderen befürchtete „Verrostung“ des Westens.

Deutschland und die Deutschen sind verunsichert.

Das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Bürger ist in eine Schieflage geraten und bedarf heute einer neuen Definition.

Zugleich tragen Staat, Markt und Bürger selbst die Erneuerungskräfte in sich. Man darf auf die Meinungsumfrageergebnisse nach dem verzweifelten Stabilisierungsbemühungen für den Euro gespannt sein und die damit verbundenen Sparmaßnahmen. Wenn es erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung nicht Zuwächse zu Verteilungen, sondern massive Einsparungen vorzunehmen gilt, erlebt das demokratische System in unserem Land eine echte Bewährungsprobe.

In unserer sozialen Marktwirtschaft geht es dann weniger um die soziale Gerechtigkeit als um die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit dieses Systems.

II. Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Versagt die soziale Marktwirtschaft?

Diese Frage wurde nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise immer wieder zum Thema gemacht. Die Antwort darauf ist ein entschiedenes Nein.

Der Sozialen Marktwirtschaft gehört die Zukunft.

Wir müssen die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft erneut mobilisieren, indem wir ihre Quellen freilegen, die unter dem Ballast der letzten Jahrzehnte zu versiegen drohen.

Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft der Menschen, Kreativität und Wettbewerb waren die zentralen Faktoren, die unsere Soziale Marktwirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren zum Erfolg geführt haben.

Tatsächlich sind es die Versäumnisse der siebziger und achtziger Jahre, die uns heute zu schaffen machen.

Die seit dem Ende des 2. Weltkriegs in der Bundesrepublik kontinuierlich nach oben gerichtete Wachstums- und Wohlstandsdynamik ist gegen Anfang der neunziger Jahre ist Stocken geraten.

In der Euphorie der Wiedervereinigung und vor dem Hintergrund des Transformationsprozesses in den neunziger Jahren sind diese Defizite verdrängt und eben nicht ausgeglichen worden.

Die Deutschen in Ost und West erbrachten gemeinsam eine gewaltige Aufbauleistung in den neuen Bundesländern. Die Westdeutschen transferierten alljährlich fünf Prozent des Bruttosozialproduktes in den Osten. Die stolze Summe dürfte sich nach 20 Jahren der Zwei – Billionen – Grenze nähern. Im Unterschied zu den möglicherweise zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden der EU anstehenden dauerhaften Sozialtransfers noch ganz anderer Größenordnung wurde ein Großteil des Geldes nachhaltig investiert: Trotz einer noch immer zu hohen Arbeitslosigkeit entstanden eine lebenswerte Umwelt, die modernste Infrastruktur Europas und wunderschöne Städte und Dörfer. Die Menschen sind wohlhabender, gesünder und leben deutlich länger als in der DDR. Natürlich müssen sie – wie in jeder offenen Gesellschaft – mehr Unterschiede bei den Einkommen und Lebensentwürfen aushalten.

Nichts könnte das Reformvermögen und die Solidarität der Deutschen eindrucksvoller unter Beweis stellen als dieser Prozess.

Wir befinden uns aber bereits heute in einer Phase der Neuorientierung.

Heute sollte sich die Einsicht längst durchgesetzt haben, dass der Sozialstaat mit seinen Prinzipien Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl nur aus der wirtschaftlichen Rentabilität und Tragfähigkeit heraus gesichert und weiterentwickelt werden kann.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass staatliche Umverteilung an wirtschaftliche Leistungskraft gekoppelt sein muss.

Soziale Marktwirtschaft verbindet besser als jedes andere Wirtschaftssystem individuelle Selbstverwirklichung mit sozialer Verantwortung.

Aber wir beginnen nicht wie vor 60 Jahren in der alten Bundesrepublik, als die Erfolgsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft geschrieben worden ist, bei einer Stunde Null.

Im internationalen Vergleich verfügen wir noch immer und in vielen Bereichen über eine äußerst komfortable Ausgangsposition, um die uns andere Länder beneiden.

Wir Deutschen sind unserem Leistungspotenzial gegenüber ganz generell viel zu kritisch eingestellt. Dazu haben wir keinen Grund.

Deutschland verfügt als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und als angeblich inzwischen zweiterfolgreichste Exportnation nach wie vor über eine leistungsfähige Wirtschaft, ein Vertrauenskapital belastbarer internationaler Beziehungen und einen vergleichsweise hohen und vor allem in sehr breite Schichten der Bevölkerung hineinreichenden Wohlstand.

Auch wenn uns China möglicherweise überholt hat, exportieren wir insbesondere Investitionsgüter, Maschinen und Fahrzeuge, keine Billig- und Massenprodukte.

Wir sind daher gut beraten, uns im internationalen Wettbewerb weiter auf unsere Stärken und unsere Innovationsfähigkeit zu besinnen. Deutschland erbringt 50 Prozent seiner Wirtschaftsleistung im Export und seine Wirtschaft hat sich – anders als die der meisten anderen europäischen Länder – erneuert und modernisiert. Daran sollten sich unsere europäischen Partner orientieren und auf unsinnige Vorschläge zur Selbstbeschränkung deutscher Wirtschaftskraft verzichten.

Auch die soziale Ordnung in Deutschland ist ein Teil unserer Identität, den es unter den Bedingungen der Globalisierung zu verteidigen gilt.

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vollzieht sich in einer globalisierten Welt.

Die Globalisierung ist nicht nur die erste große Herausforderung der Gegenwart, sondern sie zwingt uns auch dazu, ein Verhältnis zu ihr finden.

Unsere eigene Position zu finden, ist ein zugegeben schwieriger und stellenweise sehr ernüchternder Lernprozess.

Dass strukturelle Fehlentwicklungen in einem Land oder in einer einzelnen Branche in Zeiten der Globalisierung nicht nur schonungslos aufgedeckt, sondern sich flächenbrandartig ausbreiten können, hat die weltweite Finanzkrise und innerhalb der Europäischen Union zuletzt die Entwicklung in Griechenland deutlich gemacht.

Wir werden uns auch von vielen Denkstrukturen in der Wirtschaftspolitik des vorigen Jahrhunderts verabschieden müssen.

Dazu gehört, dass es eine Volkswirtschaft im klassischen Sinne der Nationalökonomie nicht mehr gibt. Globale und regionale Kreisläufe lösen nationale Wirtschaften ab.

Damit internationale, private wie staatliche Akteure an ungebremsster Machtentfaltung gehindert werden, ist der Schutz der Freiheit der internationalen Märkte notwendig. Das erfordert eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung.

Der globale Rahmen bietet der Sozialen Marktwirtschaft die Chance, ihre Dynamik zurückzugewinnen und zum globalen Modell einer gerechten Wirtschaftsordnung zu werden. Es ist unsere einzige Chance. Eine Alternative gibt es nicht, wenn wir die offene Gesellschaft mit ihren Grundpfeilern Demokratie, Rechtsstaat und eben soziale Marktwirtschaft erhalten wollen. Die gesellschaftliche Alternative gäbe es nur in den totalitären und autoritären Entwicklungsdiktaturen Asiens. Die groteske Dialektik einer freien Marktwirtschaft als „Basis“ eines von der kommunistischen Partei beherrschten „Überbaus“ finden wir in China.

Eine soziale Gleichheit auf niedrigstem Niveau bietet der islamistische Gottesstaat. Mit diesen Gesellschaftsmodellen konkurrieren heute Demokratie und soziale Marktwirtschaft.

III. Die Rolle des Staates

Was aber kann der Staat seinerseits zur Förderung der Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft beitragen?

Die wesentliche Aufgabe des Staates besteht darin – auch darüber sollten sich Wirtschaft und Politik heute weitgehend einig sein – die Rahmenbedingungen so zu

setzen, dass sie einer nachhaltig positiven Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft dienen können.

Der Staat hat die ordnungspolitischen Voraussetzungen zu schaffen.

Dabei geht es zunächst um den allgemeinen Rechtsrahmen, etwa um den Schutz der Eigentumsrechte, und darum, faire Wettbewerbsbedingungen, wie den Schutz des freien Marktzugangs, sicherzustellen.

Es betrifft aber auch die Herstellung von Chancengleichheit für die Bürger und die Gewährleistung einer öffentlichen Infrastruktur, beispielsweise im Bildungs- und Verkehrssystem.

Schließlich ist auch unbestritten, dass der Staat in gewissen Grenzen als Korrektiv des Marktes auftritt, zum Beispiel dann, wenn offensichtliches Marktversagen vorliegt oder Menschen unverschuldet in Arbeitslosigkeit oder soziale Not geraten.

Heute befindet sich der deutsche Staat auf der Ebene seines Sozialstaatsprinzips im Umbruch. Er hat seit den siebziger Jahren innerhalb dieses Verfassungsrahmens eine Metamorphose vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsstaat durchgemacht.

Als solcher ist er längst an seine Grenzen gestoßen.

Der allumfassende Versorgungsstaat bringt den unmündigen Leistungsempfänger und nicht den eigenverantwortlichen Bürger hervor. Er grenzt die einen aus und schränkt die anderen ein.

Heute muss er sich vom Wohlfahrtsstaat zum Teilhabestaat weiterentwickeln.

Was bedeutet das?

Soziale Gerechtigkeit muss als Chancen- und Teilhabegerechtigkeit definiert und realisiert werden.

Chancen- und Teilhabegerechtigkeit sind im Verbund mit wirtschafts- bzw. arbeitsmarktpolitischer Förderung die wichtigsten Grundpfeiler einer sozial gerechten Gesellschaft.

Alle Politikfelder sind davon betroffen und müssen gleichermaßen auf diese gesellschaftliche Zielsetzung ausgerichtet sein.

In ganz besonders starkem Maße gilt das für den Bildungsbereich im weitesten Sinne.

Es betrifft die Familienpolitik, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung heute mehr als jemals zuvor zugunsten von mehr Familiengerechtigkeit in der Verantwortung steht.

Dazu zählen bessere Betreuungsangebote für Kinder und zusätzliche Maßnahmen zur direkten finanziellen Förderung von Familien.

Wenn man diesen Faden weiterspinn, gelangt man sehr schnell ins Detail und vergisst darüber die grundsätzlichen und ressortübergreifenden Forderungen, die heute an ein modernes Staatswesen zu stellen sind.

Damit meine ich, dass auch der Staat im internationalen Wettbewerb steht und sich diesem Wettbewerb stellen muss.

Das wird besonders deutlich bei der Erfüllung von Stabilitätskriterien innerhalb der Europäischen Union, die seine ungebrochene ordnungspolitische Gestaltungsfähigkeit unter Beweis stellen.

In seiner Rolle als ordnungspolitische Gestaltungskraft, die als solche erkennbar ist und berechenbar bleibt, wird der Staat seine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückgewinnen.

Vor wenigen Wochen erst hat Thomas de Maiziere hier in Dresden die Frage nach den gemeinschaftsfördernden Kräften in unserer Gesellschaft gestellt.

„Ein Staat, der sich über seine eigene Begrenztheit im Klaren ist, ist kein schwacher Staat, sondern er wird stark, indem er auf die Kraft der freien Bürger setzt.“

Mit dieser Aussage unseres Bundesinnenministers komme ich zum nächsten Punkt.

IV. Die Bürgergesellschaft als dritte Kraft

Die Bürgergesellschaft – so wie sie in diesem Zusammenhang verstanden werden muss – ist neben Staat und Markt die dritte gesellschaftliche Kraft der Erneuerung.

Rund 36 Prozent der Bevölkerung (über 14 Jahre) in Deutschland engagieren sich freiwillig. Das ist keine Selbstverständlichkeit und eine internationale Spitzenposition.

In Sachsen zum Beispiel gibt es einzelne Landkreise und Städte mit deutlich überdurchschnittlichen Engagementquoten von über 50 Prozent.

Dieses gemeinwohlorientierte Engagement wird angesichts des demografischen Wandels in Zukunft aber noch wichtiger sein.

Der Bevölkerungsrückgang ist nicht allein durch das dramatische Sinken der Geburtenraten und die starke Alterung der Gesellschaft bei gleichzeitig hohem Versorgungsniveau und Abwanderungstendenzen gekennzeichnet.

Wir haben zugleich auch die Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Auflösung vieler Familien zu beklagen.

Das Bewusstsein der Generationen, füreinander Verantwortung zu tragen, ist bereits weitgehend verloren gegangen. Die Alten, Kranken und Schwachen in der Gesellschaft werden in wachsendem Maße auf das freiwillige soziale Engagement ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger angewiesen sein.

Die Bereitschaft der Bürger, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, ist das Eine.

Gemeinsinn wird aber zum Anderen auch in der Bereitschaft zur Übernahme größerer Eigenverantwortung zum Ausdruck gebracht.

Wir alle dürfen es uns nicht zu einfach machen, indem wir sämtliche Verantwortung für unsere Lebensumstände an den Staat delegieren, und vor allem darf der Staat eine solche Einstellung nicht fördern. Er wird die Erwartungen, die er heute weckt, morgen nicht mehr erfüllen können.

Die Herausforderung der Zeit wird darin liegen, künftig stärker die Ansprüche und Leistungen des Einzelnen wieder in eine ausgeglichene Balance zu bringen.

„Ohne soziale Verpflichtungen“, so der Zeithistoriker Paul Nolte jüngst in Berlin, „ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft, zerfällt eine ‚freie‘ Gesellschaft in nur je für sich selbst freie Individuen, und sie wird der Ambivalenz gegenüber dem Staat als Heil und Verderbnis zugleich nicht entkommen.“

Daher liege es nahe, einen zeitgemäßen Entwurf der Freiheit nicht im Staat und nicht im Individuum, sondern in der Bürgergesellschaft zu verankern.

Dem kann ich ohne Einschränkung zustimmen.

Nicht die Frage „Freiheit wovon?“, sondern erst die Frage: „Freiheit wozu?“ gibt der Freiheit ihre soziale und reformatorische Dimension, die auf die Zukunft gerichtet ist.

Alltägliche Freiheit kann nur in sozialer Gebundenheit, als „Freiheit in der Bürgergesellschaft“ dauerhaft möglich sein.

V. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit: Politik für die Zukunft

Wachstum und Wohlstand sind heute an ihre Grenzen gelangt.

Eine Politik der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart.

Ich möchte das hier am Beispiel der sächsischen Politik deutlich machen.

Denn Sachsen setzt in seiner Politik auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit prägen unsere Sächsische Verfassung. Sie sind für mich Leitbild der sächsischen Strategie, mit der wir die Finanz- und Wirtschaftskrise und den demografischen Wandel erfolgreich und mit Blick auf die nachfolgenden Generationen bewältigen werden.

Um diesem Leitbild zu folgen, sind wir in Sachsen heute gut aufgestellt.

Und dafür stehen wir im Sächsischen Landtag über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinaus.

Wir stehen für ökologische Nachhaltigkeit mit dem Ziel, Natur und Umwelt für nachfolgende Generationen zu erhalten.

Die Bewahrung der Schöpfung hat für uns Vorrang vor einer Vergeudung der natürlichen Ressourcen, die auf Kosten unserer Kinder und Enkel geht.

Wir stehen für ökonomische Nachhaltigkeit mit dem Ziel einer dauerhaft tragfähigen Wirtschaftsweise.

Wir stehen für soziale Nachhaltigkeit mit dem Ziel einer dauerhaft lebenswerten Gesellschaft.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Bewusstsein, das sich stärker an einer Verbesserung der Lebensqualität orientiert und nicht ausschließlich am Lebensstandard.

Eine engagierte Bürgergesellschaft lebt von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den Kommunen, die sich in ihrer Freizeit für die Gemeinschaft engagieren.

Bei der Weiterentwicklung der Systeme der sozialen Sicherung müssen wir uns am Prinzip der Generationengerechtigkeit orientieren und soziale Sicherheit für alle Generationen gewährleisten.

Die demografische Entwicklung belastet die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme schon heute, indem sie einer steigende Zahl von Leistungsempfängern eine abnehmende Zahl von Beitragszahlern gegenüberstellt.

Wir stehen für finanzielle Nachhaltigkeit mit dem Ziel, uns ab 2019 – wenn der Solidarpakt endet – auf unsere eigenen Kräfte verlassen zu können.

Sachsen steht insgesamt vor einem Rückgang der Einnahmen.

Auch die Kommunen werden bei steigenden Kosten im Sozialbereich mittelfristig über weniger Geld verfügen.

Dennoch müssen wir an dem Grundsatz festhalten, dass die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren sind.

Verschuldung verbietet sich, da ein weitreichender Konsens darüber herrscht, dass in Sachsen keine Politik zu Lasten künftiger Generationen zu machen ist.

Wir wollen die Zins- und Schuldenlast weiter verringern.

Das ist der einzig richtige Weg, um nachhaltige Haushaltsstrukturen schaffen zu können und trotz bevorstehender Engpässe und Durststrecken auf allen Ebenen handlungsfähig zu bleiben.

Wir setzen uns für eine Verfassungsänderung ein, mit der ein Neuverschuldungsverbot und der Generationenfonds zur Vermeidung implizierter Staatsverschuldung verankert werden soll.

Ich habe das sächsische Beispiel gewählt, weil Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auch aus meiner persönlichen Sicht das erste Gebot für Wirtschaft und Politik bilden und jeder intelligente und solide private Haushalt darauf ausgerichtet ist.

Die Tugend des Haushaltens und der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen ist seit 1990 im Freistaat Sachsen die wichtigste Grundlage einer erfolgreichen Politik.

Für Deutschland als Ganzes und noch mehr für die Europäische Union sollten die dieselben Richtlinien gültig sein.

VI. Zusammenfassung und Ausblick

Die Erneuerungskräfte für Akzeptanz und Vertrauen in Deutschland sind allein in uns selbst und nirgendwo anders zu finden. Das Potenzial ist im Staat, in der Wirtschaft und in der Bürgergesellschaft vorhanden.

Die Kräfte des Staates, der Wirtschaft und der Bürgergesellschaft tragen solidarisch zu dieser Zukunftsaufgabe bei.

Erstens: Die Soziale Marktwirtschaft – leistungsstark und wettbewerbsfähig - ist und bleibt das beste bekannte Ordnungssystem, in dem soziale Verantwortung mit einem hohen Maß von individueller Freiheit möglich ist. Kehren wir zu ihren Quellen zurück.

Zweitens: Der Staat muss sich wieder auf seine wesentliche Aufgabe konzentrieren und die Rahmenbedingungen so setzen, dass sie eine nachhaltig positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen.

Drittens: Die Bürgergesellschaft lebt von den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen, die sich für die Gemeinschaft engagieren und für die Freiheit und Verantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Viertens: Mit einer Politik der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit nimmt Deutschland die Herausforderungen der demografischen Entwicklung an und wird auch in Zukunft erfolgreich sein.

Vor einem halben Jahr äußerte Kurt Biedenkopf – und den muss man in Sachsen einfach zitieren - in einem Spiegel-Interview:

„Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Bescheidenheit werden. In Europa wird es nicht mehr in erster Linie um die Vermehrung des Verteilbaren gehen.

Was wachsen muss, ist die Intelligenz, mit der wir unser Leben und unser Land organisieren, und seine Fähigkeit zur Begrenzung.“

Und noch ein abschließendes Zitat.

In seinem bekannten Buch „Epochenwende“ gibt Meinhard Miegel eine sehr eindrucksvolle Definition von Wohlstand, wenn er sagt:

„Wohlstand, das sind künftig Menschen, deren Lebenssinn über das Anhäufen materieller Güter hinausgeht; das sind Kinder, die körperlich und geistig gedeihen können; das sind Alte, die nicht vereinsamen; das sind viele Gebrechliche, die menschenwürdig leben. Wohlstand, das ist mitmenschlicher Zusammenhalt. Ohne diese neue Qualität des Wohlstands sind rapide alternde, zahlenmäßig schwindende und abnehmend dynamische Gesellschaften trotz materiellen Reichtums arm.“

Es bleibt also festzustellen, dass sich die gerade geäußerten Thesen und Prämissen nicht in der schlechtesten Gesellschaft befinden.

Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind die tragfähigen Fundamente unserer Gesellschaft.

Sie sind die Quellen ihrer Entwicklung und werden das Leben unseres Gemeinwesens auch in Zukunft bestimmen.

Auf dieser Grundlage haben wir heute die Chance, unser Land erfolgreich voranzubringen. Nehmen wir diese Herausforderung gemeinsam an.

Ich danke Ihnen.